

Gemeinsam müssen wir kämpfen

Nichts wird auf dem Silbertablett serviert

Interview mit dem Präsidenten der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft, Walter P. Reuther

DER GEWERKSCHAFTER: Kollege Reuther, was ist das Ergebnis der Weltautomobilkonferenz des IMB in Turin?

REUTHER: Hauptziel unserer Turiner Konferenz war, die Freundschaft und Solidarität der Automobilarbeiter in der freien Welt zu vertiefen. Wir haben neue politische Programme ausgearbeitet, um den gemeinsamen Problemen besser begegnen zu können. Es wird jetzt darauf ankommen, diese Programme in die gewerkschaftliche Aktion und in den gewerkschaftlichen Kampf umzusetzen.

1967: Größte Erfolge

DER GEWERKSCHAFTER: Sehen Sie Ansätze für gemeinsames Handeln der Gewerkschafter über die nationalen Grenzen hinaus?

REUTHER: Die Automobilindustrie ist international stärker als die meisten anderen Industriezweige. Die großen Konzerne denken weltweit, sie haben sich international konsolidiert, sie orientieren sich am Weltmarkt und nicht am nationalen Markt. Die Präsidenten dieser großen internationalen Konzerne kennen keine geographischen Grenzen. Um der Herausforderung der großen Konzerne gewachsen zu sein, ist es deshalb notwendig, daß die Arbeitnehmer praktische und wirksame Solidarität üben. Aus dieser Situation müssen die Gewerkschaften die

Konsequenzen ziehen. Ich glaube, es ist notwendig, praktische Instrumente für die gewerkschaftliche Kooperation zu schaffen. Es gibt keine nationalen Lösungen für internationale Probleme. Wir müssen zusammenarbeiten und auf gemeinsame Probleme gemeinsame Antworten finden.

DER GEWERKSCHAFTER: Wie beurteilen Sie den Erfolg, den die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) 1967 errungen hat?

REUTHER: 1967 errangen wir die größten Erfolge in der Geschichte unserer Tarifpolitik und im Vergleich zu anderen Industriegewerkschaften in den USA. Die UAW hat laufend wesentliche Fortschritte in den Tarifverhandlungen erreicht. Sie hat Pionierarbeit geleistet und manchen historischen Durchbruch erzielt. Ich nenne hier nur die Sicherung der Lebenshaltungskosten für Lohnempfänger, die Beteiligung an den Ergebnissen der technologischen Entwicklung durch Verbesserung des Jahreslohnes sowie die vertraglich festgelegten Pensionspläne als Ergänzung der staatlichen Alterssicherung. 1955 waren wir die ersten, die eine zusätzliche Arbeitslosenversicherung durchgesetzt haben, um den Arbeitern und ihren Familien während einer Zeit der Arbeitslosigkeit das Einkommen zu gewährleisten. 1964 gelang es uns, bei vorzeitiger Pensionierung mit 60 Jahren eine Rente von 400 Dollar pro Monat zu vereinbaren.

Keiner dieser Erfolge wurde uns

auf einem Silbertablett serviert. Wir kamen vorwärts durch Kampf, Opfer und Solidarität. Wir haben also viel erreicht. Trotzdem waren die Erfolge des Jahres 1967 weit größer als alles, was wir in den letzten 17 Jahren geschafft haben.

DER GEWERKSCHAFTER: Was ist nach Ihrer Meinung heute als die Hauptaufgabe der UAW zu bezeichnen?

REUTHER: Die Rolle der Gewerkschaften hat sich in manchen Punkten natürlich geändert. Die Frage der Arbeitsbedingungen gerät immer mehr in den Vordergrund, weil die Arbeiter in zunehmendem Maße mit der Technologie konfrontiert werden. Was die Gewerkschaften gestern taten, gibt keine Antworten auf die Fragen von heute und morgen. Eine Gewerkschaft muß jedoch zu jeder Zeit ein wirkungsvolles und praktisches Instrument der Arbeitnehmer sein. Wir müssen fähig und wendig sein, um neue Möglichkeiten auszuschöpfen.

Konflikt mit der AFL-CIO

DER GEWERKSCHAFTER: Wie denken Sie über die soziale Situation in den Vereinigten Staaten und insbesondere über die Lage der farbigen Bevölkerung?

REUTHER: Diese Frage ist eines der Kernstücke unseres Konfliktes mit der AFL-CIO, dem amerikanischen Gewerkschaftsbund. Natürlich hat

die Gewerkschaft die Aufgabe, für die Interessen aller Arbeitnehmer zu kämpfen. Das ist ganz klar. Aber außerdem muß sie auch noch eine dynamische, schöpferische und konstruktive Kraft sein, die entscheidend mitwirkt, um in den USA einen sozialen Wandel herbeizuführen. Wir können unsere Probleme nicht im luftleeren Raum lösen. Die Gewerkschaft muß eine Avantgarde sein und für die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme eintreten.

Jedem eine Chance

DER GEWERKSCHAFTER: Vor welchen Kernfragen steht sie heute?

REUTHER: Wie ist eine freie Gesellschaft zu organisieren; was ist vorrangig; wie wird der Reichtum unseres Volkes allen Menschen zugänglich gemacht — unabhängig von der Rasse oder Hautfarbe; erhält jeder die gleiche Chance in allen Fragen der Ausbildung, des Arbeitsplatzes und des Wohnens? Mit anderen Worten: Wie schaffen wir Gerechtigkeit für jedermann? Wir müssen den Menschen nicht nach seiner Hautfarbe, sondern nach der Qualität seines Charakters beurteilen. Das ist ein großes moralisches Problem in den USA. Die USA werden so lange keine wirkliche Nation sein, wie sie nicht die Rassengegensätze überbrückt haben. In den USA leben Menschen aller Rassen, Bekenntnisse und nationaler Herkunft, und wir müssen einen Weg finden, um eine Gemeinschaft zu bauen, trotz menschlicher Verschiedenheiten.

DER GEWERKSCHAFTER: Und an diesem Punkte entzündete sich hauptsächlich der Konflikt mit der AFL-CIO, der zu einem vorläufigen Ausscheiden Ihres Verbandes aus der Dachorganisation geführt hat?

REUTHER: Wir hatten einen langen Disput mit der AFL-CIO. Wir meinen, die AFL-CIO stagniert, sie verteidigt das Establishment, sie ist ein selbstgefälliger Bewahrer des Status quo. Die Gewerkschaftsbewegung darf aber nicht ein Verteidiger dieses Status quo sein. Sie muß eine dynamische Kraft darstellen, von

Mut und Selbstvertrauen beseelt. Unglücklicherweise ist die AFL-CIO nicht diese dynamische Kraft in der amerikanischen Gesellschaft. Wir haben nur widerstrebend die Entscheidung getroffen, die AFL-CIO zu verlassen. Wir haben besonders hart für die Vereinigung der Arbeiterbewegung gearbeitet. Aber die AFL-CIO ist nur eine Vereinigung in der Form und nicht in der Substanz. Arbeitereinheit in einem luftleeren Raum ist ohne Bedeutung. Arbeitereinheit muß auf einer soli-

Verhandlungstisch. Und wenn auch in vielen Fragen die Unternehmer nicht mit uns übereinstimmen, so respektieren sie uns doch voll und ganz. Auf manchen Gebieten müssen wir mit ihnen zusammenarbeiten, zum Beispiel in der Frage, wie Neger die gleiche Chance auf Beschäftigung eingeräumt werden kann.

DER GEWERKSCHAFTER: Was denken Sie über den Geist des Profitstrebens in den großen Konzernen?



Walter P. Reuther, Präsident der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft, wurde von unserem Redakteur Karl-Heinz Briam interviewt.

den Basis gegründet werden. Darum ist eine gespaltene Arbeiterbewegung einer vereinigten, aber stagnierenden vorzuziehen.

DER GEWERKSCHAFTER: Wie sehen Sie, Kollege Reuther, ganz allgemein die Beziehungen der Gewerkschaft zu den Unternehmern?

REUTHER: Das hängt von der ökonomischen und sozialen Stärke der Gewerkschaft ab. Unsere Beziehungen zu den Autoindustriellen waren früher anders als heute. Damals waren die Unternehmer stark und wir sehr schwach. Heute dagegen begegnen wir uns als Ebenbürtige am

Gegen Profitmonopol

REUTHER: In einer Marktwirtschaft existiert eine Fabrik in erster Linie deswegen, um Profite zu machen. Stellen die Privateigentümer fest, daß sie mit der Produktion von Mausefallen mehr Geld verdienen würden als mit der Erzeugung von Autos, dann würden sie Mausefallen bauen. Das ist nun einmal unser ökonomisches System. Der grundsätzliche Kampf der Arbeitnehmer ging und geht darum, sich einen gerechten Teil der Ergebnisse einer sich entwickelnden Tech-

nologie zu sichern. Die UAW hat stets den technischen Fortschritt bejaht. Aber wir bestehen darauf, daß verbesserte Produktivität und höhere Profite sich auch zum Nutzen des Arbeiters auswirken. Wir brauchen eine Politik, die anerkennt, daß Arbeiter und Konsumenten genauso von der gestiegenen Produktivität

profitieren wie die Eigentümer. Nur wenn wir alle teilhaben an den Früchten des Fortschritts, ist eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung möglich. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß die Konzerne Profit machen, aber wir sprechen ihnen das Recht ab, ein Monopol auf diese Profite zu haben.

werden als seit Beginn der menschlichen Geschichte. Die Frage ist, zu welchem Zweck dieser Prozeß stattfindet. Einen Menschen auf den Mond zu schießen bedeutet nicht, daß die Probleme der Stahlarbeiter oder Bergarbeiter an der Ruhr gelöst sind. Wir müssen einen Weg finden, damit das ungeheure ökonomische Potential dieses Jahrhunderts zugunsten der Menschheit genutzt wird. Das bedeutet: höherer Lebensstandard, bessere Bildungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit für die Älteren an ihrem Lebensabend, besseres Wohnen. Weiter: Verkürzung der Arbeitszeiten, damit die Leute mehr Freizeit haben. Sie wissen, lange war Freizeit eine Sache der reichen Leute. Heute ist es möglich, allen ausreichend Freizeit zu gewähren. Wir können jetzt mit Hilfe der modernen Technik einen Status erreichen, der es jedem gestattet, sich als soziales, geistiges und kulturelles Wesen zu entwickeln.

Sozialisierung dann, wenn sie notwendig ist

DER GEWERKSCHAFTER: Liegt es im Interesse der Demokratie, wenn große Konzerne kleineren Gruppen von Privateigentümern gehören? Sollte sich die Gewerkschaft mit der Idee befassen, daß zumindest ein Teil der nationalen oder internationalen Konzerne sozialisiert werden muß?

REUTHER: Nach unserer Meinung ist dies keine ideologische, sondern eine pragmatische Frage. Wenn die Privatindustrie den gesellschaftlichen Notwendigkeiten nachkommt, wenn sie effektiv arbeitet, dann sind wir einverstanden, daß der gegenwärtige Zustand nicht verändert wird. Ist sie aber unwillig oder unfähig, das zu tun, muß sie nationalisiert werden. Unser früherer Präsident Abraham Lincoln hat gesagt: Der Zweck des Regierens bestehe darin, das für alle zu tun, was der einzelne für sich selbst nicht tun kann. Diese These gilt auch für die von Ihnen aufgeworfene Frage. Soziale Politik ist der entscheidende Punkt bei der Beurteilung dieser Frage.

DER GEWERKSCHAFTER: Erwarten Sie, daß es in allen Industriestaaten zu Formen der Arbeitnehmermitbestimmung kommt, wie etwa in der Stahlindustrie der Bundesrepublik — nicht in der gleichen Weise, aber ähnlich?

REUTHER: Aus amerikanischer Sicht stellt sich manches anders dar als in deutscher Sicht. Ein Vergleich ist kaum möglich. Wäre ich deutscher Gewerkschafter, würde ich für das Mitbestimmungsrecht arbeiten. Wir müssen bedenken, daß die ökonomische Struktur in Deutschland stark von Kartellen und Monopolen beherrscht ist. Und es war eine der

Tragödien deutscher Geschichte, daß diejenigen, die in diesen Kartellen und Monopolen die Macht besaßen, eine Politik betrieben, die deutsche und andere Menschen in tiefes Elend gestürzt hat. Darum betrifft die Frage der ökonomischen Kontrolle in Deutschland jeden, der an die Demokratie glaubt. Aber Sie können Ihre deutschen Erfahrungen nicht auf die USA übertragen. Wir halten es nicht für ratsam, das deutsche Modell der Mitbestimmung einfach zu übernehmen. Wir ziehen andere Möglichkeiten und Techniken vor, um den Einfluß der amerikanischen Arbeiter im Streben nach Demokratisierung der Wirtschaft und sozialer Verantwortung zu sichern. Aber den Endzweck, auf den die Mitbestimmung gerichtet ist, akzeptiere ich voll und ganz.

Neue Wege suchen

DER GEWERKSCHAFTER: Der Prozeß der technologischen Entwicklung bringt immer wieder neue und phantastische Ergebnisse. Aber er enthält auch große Gefahren für die Arbeitnehmer. Was ist zu tun, damit die Interessen der Arbeitnehmer in diesem Stadium der technischen Entwicklung wirksam und dauerhaft vertreten werden können?

REUTHER: Die technologische Revolution ist nicht zu stoppen, man muß mit ihr leben. Was wir zu tun haben ist, sie in den Griff zu bekommen und ihr einen humanen Zweck zu verleihen. Wissenschaftler sagen, daß wir in den nächsten 25 Jahren größere Fortschritte machen

DER GEWERKSCHAFTER: Sehen Sie auf Grund der Technologie neue und bisher unbekannte Probleme auf uns zukommen?

REUTHER: Ich glaube, eines der ganz großen Probleme der Zukunft wissen wir schon heute. Es besteht darin, dem Arbeiter oder Angestellten das Gefühl zu geben, sinnvoll und schöpferisch im Produktionsprozeß tätig zu sein. Ich kann Ihnen Fabriken zeigen, moderne, klimatisierte Fabriken, in denen ein Arbeiter seinen Tag damit verbringt, daß er Knöpfe drückt. Er hat gar keine Beziehung zum schöpferischen Prozeß. Mein Großvater war ein Wagenbauer im Schwabenland. Er verdiente mit dieser Arbeit nicht nur seinen Lebensunterhalt, sondern er erkannte in ihr auch einen schöpferischen Inhalt. Er gab in jeden Wagen ein Stück von sich selbst. Die Arbeit befriedigte ihn, weil er an ihr geistig und schöpferisch beteiligt war. Das ist heute ganz anders.

DER GEWERKSCHAFTER: Wieviel Stunden in der Woche wird ein Arbeiter in einem hochindustrialisierten Staat 1980 arbeiten müssen?

REUTHER: Das hängt einerseits ab von der Weiterentwicklung der Technologie und der Produktivität und andererseits von unseren Werturteilen. Was wollen wir mit der

gestiegenen Produktivität? Wollen wir drei Autos pro Familie, fünf Fernsehgeräte und mehr Waren- und Gebrauchsgüter — oder wollen wir mehr Freizeit? Diese Frage muß beantwortet werden. Die Werte werden die Prioritäten bestimmen und diese die Nutzbarmachung unserer Hilfsquellen.

Stärkung der UNO

DER GEWERKSCHAFTER: Eine andere Frage, Kollege Reuther: Was können die Gewerkschaften tun, um den Frieden in der Welt zu fördern?

REUTHER: Viel können sie tun. Zunächst einmal müssen sie Einfluß auf ihre Regierungen nehmen. Weiter sollten sie Anstrengungen machen, um die internationalen Einrichtungen zur Erhaltung des Friedens, vor allem die UNO, zu stärken. Sehen Sie, die alten Konzepte der nationalen Souveränität stimmen nicht mehr mit den Realitäten unserer Zeit überein. Der Friede ist heutzutage eine Frage des Überlebens der Menschheit. Nach einem nuklearen Krieg würde niemand mehr übrig sein, der berichten könnte, wer gewonnen und wer verloren hat. Der einzige Krieg, den die Menschheit wagen sollte, ist der Krieg gegen Armut, Hunger und Krankheiten, gegen politische und soziale Ungerechtigkeiten. Der Krieg gegen soziale Ungerechtigkeiten, für Frieden und Freiheit ist der einzige, den wir gewinnen können, und der einzige, der der menschlichen Familie wert ist.

DER GEWERKSCHAFTER: Für die Sicherung des Friedens ist die Verständigung der Völker unerlässlich. Müssen wir daher nicht auch mit den „Ostvölkern“ reden?

REUTHER: Die Gewerkschaftsbewegung sollte beginnen, Brücken der Verständigung zu bauen. Sie sollte Kontakte mit Menschen in allen Teilen der Welt herstellen. Natürlich ist es unmöglich, sich mit allen zu einigen. Notwendig ist die Verständigung. Und sobald sich die Menschen verständigt haben, können sie auch dann gut zusammenleben, wenn sie in bestimmten poli-

tischen Fragen nicht übereinstimmen. Wer aber nach Übereinstimmung ohne vorherige Verständigung sucht, wird weder das eine noch das andere bekommen. Das wäre eine uninteressante Welt, in der jeder jedem zustimmen würde. Was wir anerkennen müssen ist, daß verschiedene Ideen und Ansichten die Welt aufregend machen. Ich sage darum: Laßt uns auf der Welt einen freien Markt haben für Ideen, laßt die Ideen des Westens zusammentreffen mit denen des Ostens. Ich bin sicher, die Ideen der Demokratie und persönlichen Freiheit werden sich auf diesem freien Markt durchsetzen. Noch einmal: Ich glaube an die Brücken der gegenseitigen Verständigung.

DER GEWERKSCHAFTER: Was halten Sie von der Entwicklung in der ČSSR? Glauben Sie, es ist möglich, was die jungen Leute dort wollen: den Kommunismus mit der persönlichen Freiheit zu verbinden?

REUTHER: Ich glaube, die Entwicklung in der ČSSR ist das Ermutigendste, was sich in der östlichen

Welt seit 1945 ereignet hat. Es wird sich nach unserer Meinung auf die Dauer in anderen Ländern fortsetzen. Junge Leute werden überall für mehr individuelle Freiheit und weniger Regierungskontrolle eintreten. Sie werden einen großen Druck erzeugen. Die Autoritäten werden nachgeben und Konzessionen machen müssen. Ich betrachte die ČSSR als ein praktisches Experiment, das Maßstäbe setzt. Im Osten wie im Westen wird man manches neu zu überdenken haben. Drüben wird man feststellen, daß eine bürokratische, zentralistische Wirtschaft, verbunden mit einer Verneinung der persönlichen Freiheit, zu einem Gesellschaftssystem führt, das nicht vernünftig funktioniert. Und wir werden zu lernen haben, daß der nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten regulierte Markt keine Antwort auf viele soziale Fragen gibt. Beide Sozialsysteme werden einen fundamentalen Wechsel durchmachen und vor neue soziale Probleme gestellt sein, die aus der von Jahr zu Jahr beschleunigten technischen Revolution entstehen.

Vietnam: Nicht nur ein militärisches Problem

DER GEWERKSCHAFTER: Eine andere Frage, Kollege Reuther: Was sollen die USA tun, um den Frieden in Vietnam herbeizuführen?

REUTHER: Ich habe schon seit langem darauf gedrängt, daß die amerikanische Regierung mit der Bombardierung Nord-Vietnams aufhört. Ich war einer der wenigen amerikanischen Gewerkschaftsführer, die diese Position eingenommen haben. Die stärkste Nation der Welt hat nach meiner Meinung auch die größte Verantwortung für den Frieden. Die Pariser Konferenz wird schwierig werden, aber ich hoffe, es kommt bald zu einer Feuerpause und zu einem Ende der militärischen Operationen auf beiden Seiten. Dann wird eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen möglich sein, unter Bedingungen, die den Frieden und die Stabilität Süd-Vietnams gewährleisten. Ich teile auch die Ansicht, daß es keine militärische Lösung in Südostasien ohne Lösung

politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme gibt.

DER GEWERKSCHAFTER: Ich bin noch nicht sicher, ob Sie mir eine Antwort geben werden, trotzdem möchte ich Sie fragen: Wer wäre nach Ihrer Meinung der geeignetste Mann als nächster Präsident der USA?

REUTHER: Die Demokratische Partei kann sich glücklich schätzen, mehrere geeignete Kandidaten für dieses Amt anbieten zu können. Die UAW hat sich noch nicht für einen dieser Kandidaten entschieden.

Wenn die Parteitage hinter uns liegen, werden wir eine außerordentliche Konferenz der UAW mit über 5000 Delegierten aus den Betrieben einberufen. Sie werden dann diese Frage diskutieren und eine Entscheidung treffen. Die Präsidentschaftswahl 1968 ist von höchster Bedeutung für die USA und für alle Menschen in der Welt.

Die 63 000 Studenten der Ingenieurschulen arbeiten verbissen daran, den ihnen eingepaukten Stoff zu bewältigen, um ihr Examen zu bestehen. Sie haben 70 bis 80 Stunden in der Woche zu arbeiten: etwa 40 Unterrichtsstunden und noch einmal dieselbe Zeit, um das im Unterricht Gehörte zu Hause zu verarbeiten, schriftliche Ausarbeitungen anzufertigen usw. Mit Hilfe dieses mörderischen Arbeitspensums versucht man, die mangelhafte Vorbildung nachzuholen und in gedrängter Form ihnen das beizubringen, was die Studenten an den *technischen Hochschulen* in vier bis sechs Jahren sich erarbeiten können. Was dabei herauskommt, faßte ein Funktionär des „Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen“ in folgenden Worten zusammen:

● „Die Ingenieurschüler werden nicht wie erwachsene Menschen behandelt. In sturer autoritärer Schulform wird ein eng begrenztes Fachwissen vorgetragen. Zu betriebssoziologischen, arbeitswissenschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Studien bleibt kaum Zeit. Ob sie es wollen oder nicht, sie müssen sich zu ‚Fachidioten‘ ausbilden lassen. Die Ingenieurschulen sind so etwas wie *industrielle Kadettenanstalten*. Kein Wunder, daß diese jungen Ingenieure, autoritär ausgebildet, sich im Betrieb ihrerseits genauso autoritär verhalten. Einen demokratischen, kooperativen Stil der Führung, konkrete Kenntnisse der menschlichen Probleme des technisierten Arbeitsprozesses haben sie nie gewonnen.“ Was diese Aussage für die Arbeiter im Betrieb bedeutet, liegt auf der Hand. Jahr für Jahr verlassen 15 000 bis 20 000 Ingenieure als „*Nur-Techniker*“ diese Schulen. Sie wissen zwar viel von Maschinen, aber so gut wie nichts von der Notwendigkeit der Demokratisierung und Vermenschlichung des Arbeitsprozesses. Die Gewerkschaften müssen sich daher solidarisch erklären mit einschneidenden Reformvorschlägen, die der „Studentenverband Deutscher Ingenieurschulen“ (SVI) seit einiger Zeit vorträgt und durch sehr erfolgreiche Protestdemonstrationen (unter anderem Streiks) auch ins öffentliche Bewußtsein gebracht hat.

Kadettenanstalt für Betriebsoffiziere?

Ingenieurschulen müssen völlig neu organisiert werden

Am 15. Juli hat sich der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall mit folgenden berechtigten Forderungen der Ingenieurstudenten zur Qualifizierung und Demokratisierung der Ingenieurschulen solidarisch erklärt. Er fordert die Konferenz der Kultusminister auf, die Verwirklichung dieser Forderungen durch die Vorlage entsprechender Empfehlungen zu beschleunigen.

- ① Herausnahme der Ingenieurschulen aus der allgemeinen Schulverwaltung, Anerkennung als Fachhochschulen mit Selbstverwaltung, Integration in den Gesamthochschulbereich.
- ② Bildung einer selbständigen Vertretung der Studentenschaft.
- ③ Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Realschüler, um ihnen die Erreichung einer Fachhochschulreife zu ermög-

Ingenieurstudenten protestieren gegen ein veraltetes Ausbildungssystem



lichen. Ziel muß die integrierte Gesamtschule sein mit einer anschließenden zweijährigen Aufbaustufe, die zur Fachhochschulreife führt.

④ Der Ausbau des gegenwärtigen Schulsystems ist so zu beschleunigen, daß in Kürze die Fachhochschulreife als Eingangsvoraussetzung für Ingenieur-Fachhochschulen und damit die internationale Anerkennung der Ingenieurschulabsolventen als Ingenieure verwirklicht werden kann.

⑤ Demokratisierung der Studienordnung:

Durchforstung der Studienpläne; Abbau des Zeitdrucks; freiere Gestaltung des Studiums; wesentliche Erweiterung des sozialpsychologischen, gesellschafts- und politikwissenschaftlichen Studiums; Mitbestimmung der Ingenieurstudenten bei der Gestaltung der Schulordnung, des Unterrichts, des Lehrplans und der Prüfungsordnung.

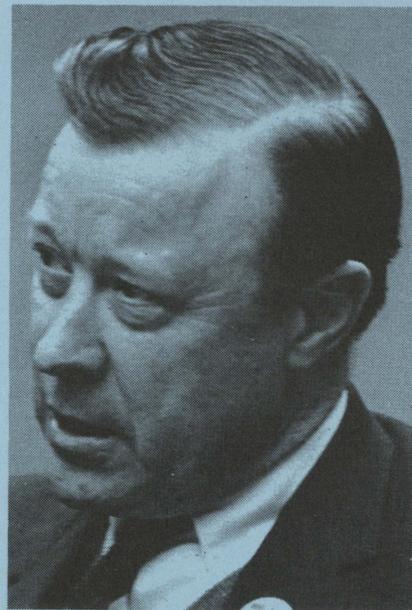
Für die Gewerkschaften ist der kritische Punkt innerhalb dieses Katalogs von Forderungen natürlich die Frage der „Hochschulreife“. Es ist klar, daß die Verwirklichung einer Reform in dieser Hinsicht unter keinen Umständen eine diskriminierende oder auch nur abschreckende Wirkung für Volks- oder Realschüler haben darf.

Die Reformer sind sich darüber auch völlig im klaren. Sie wissen, daß diese besondere Hochschulreife erst dann als „Eingangsvoraussetzung“ für Fachhochschulen gefordert werden kann, wenn die auf die Realschulen aufbauende Zwischenstufe für jedermann ohne Schwierigkeiten zugänglich ist. Daß langfristig die Einführung einer speziellen Fachhochschulreife ein durchaus fortschrittliches bildungspolitisches Ziel ist, wird kein Gewerkschafter bestreiten. Denn solange sie nicht eingeführt ist, werden Hunderttausende von deutschen Ingenieuren im Ausland, aber auch im Inland als „bessere Techniker“ abgewertet.

NATIONAL HEALTH INSURANCE

- *What it is*
- *What it does*
- *What it would mean for America*

*An interview with Walter P. Reuther, Chairman,
Committee of One-hundred for National Health Insurance*



Since announcing the impending formation of the Committee for National Health Insurance on November 14, 1968, Mr. Walter P. Reuther has received many questions concerning the Committee's program and objectives. This publication contains the most frequently asked questions, along with Mr. Reuther's responses.

For further information about CNHI and its program write to:

Committee for National Health Insurance

**806 15th Street, N.W.
Washington, D. C. 20005**

Q. Mr. Reuther, how long have you been working to set up health care programs for your union members?

A. For the past 30 years, I and my colleagues have been sitting at bargaining tables with representatives of the largest corporations in the world. In the past 10 years particularly our agreements have provided \$2.25 billion in health care services for U.A.W. members and their families.

Q. What made you decide to extend your efforts to the entire United States with a national health insurance plan?

A. The fact that the increased amounts of money our contracts funnel into medical programs are not yielding comparable improvements in either the scope or the quality of health care. We cannot escape the conclusion that U.A.W. members and consumers of health

care generally in America are being asked to provide increased resources to subsidize built-in waste and inefficiency in an obsolete, non-workable non-system.

Q. Why is it non-workable?

A. Well, let's look at the facts. We're currently spending 6.5 per cent of our Gross National Product for health care. That amounts to well over \$50 billion a year. Yet millions of Americans are denied adequate health care. We're the richest nation in the world; we have the highest level of medical competence; and yet America ranks 21st among the nations of the world in life expectancy for males and 12th for females. That's a shocking fact. It emphasizes my point that, while health care costs are skyrocketing, quality is not being safeguarded. Health care in America is in deep crisis.

Q. Why are we in such a crisis?

A. Not because we lack the resources, not because the medical profession lacks the competence. We're in crisis, I believe, because we lack a sound, updated, universal system for financing and providing comprehensive, high-quality health care.

Q. So you're setting your sights on a whole new system, not just an insurance plan?

A. I look at it this way: We live in the space age—a fantastic age filled with peril and promise. Yet, when it comes to the organization of health care, we're traveling in a Model-T vehicle. As a former auto worker, I can tell you that the old model needs more than a tune-up or a fresh set of spark plugs. It needs to be replaced with a new model that can perform better—one built for the greater demands and the new economic realities of the world in which we live.

Q. What's wrong with the old model? What's wrong with our private health insurance system?

A. First of all, let me say that the insurance industry has worked hard. It's made a constructive contribution to the delivery of medical services in this country. But after 20 years of major effort, 30 million Americans are not being reached by any form of health insurance—and they're the people who need it most. What's more, two-thirds of all health care costs are not being met by private health insurance. It's obvious, too, that we're inviting chaos in our hospitals by the design of insurance coverages.

Q. What other flaws do you see in private health insurance?

A. The principal idea of such insurance is to sell a product. That's a wrong idea. Health insurance should help to assure that comprehensive, continuous health services of high quality are available without financial barriers; to encourage preventive care, early diagnosis and treatment; to speed scientific medical breakthroughs from the laboratory to the care and treatment of patients; and to provide financial protection. To achieve those objectives, we need to structure

a system that will encourage economic use of resources, as well as incentives to improve quality of care.

Q. What are the functions of the Committee for National Health Insurance?

A. To conduct a broad educational program. To work with professional organizations and consumer groups. To design a health insurance program to meet the basic needs of the American people. To draft legislation embodying that kind of program, and to work to have legislation enacted by the Congress at the earliest possible date.

Q. How do you propose to finance a national health insurance program?

A. We see it as an integral part of the national social insurance system. The financing details are still to be worked out. We believe, however, that the costs should be met by contributions from employer-employee groups, from general revenues, and from appropriate government agencies for special population groups—for example, the poor and the marginally employed. With respect to employer-employee groups, special arrangements would have to be made for transfer into the program of those funds already being used to purchase health insurance.

Q. What benefits would your program provide?

A. Truly comprehensive coverage would include protection against the costs of medical and surgical care in office, home, and hospital, with emphasis on preventive services and early diagnosis. Hospitalization, of course, would be covered, as would mental health services, dental care, nursing services, nursing home care, home health services, drugs and appliances, eyeglasses, hearing aids, and other services designed to protect the individual's health or to restore him to good health when illness does occur.

Q. Would your national health insurance program provide universal coverage? In other words, would the public have to join it?

A. In all likelihood, yes. It would work in a manner similar to Social Security. You see, a basic principle of social insurance involves the broadest possible spreading of risk. If everyone contributes, everyone is eligible for benefits at the lowest possible cost.

Q. How would Medicare and Medicaid fit in?

A. Medicare is social insurance. We expect it would be integrated in the total program. We don't see a place for Medicaid. The services furnished on a means test or "charity" basis would be available to all Americans as a matter of right under the universal system.

Q. Would patients have a free choice of physicians under your proposal?

A. Yes, they'd have a free choice of physicians or health care plans.

Q. Would practicing physicians have to join the plan?

A. We would expect that practicing physicians would want to participate, just as they participate in Medicare.

Q. How would physicians in the plan be paid—by a fee-for-service, salary, or what?

A. Those details have not yet been worked out, but I would expect that physicians would be paid in a variety of ways, as they are now.

Q. Quite a few physicians are fearful of "socialized" medicine. Need they have any fears that your national health insurance plan would fall into that category?

A. National health insurance isn't "socialized" medicine, though that's one of the scare words that will be used against it. The same kind of propaganda to create unreasoned, unfounded fear will be directed against national health insurance as was directed against Social Security more than 30 years ago and Medicare more recently. "Socialized" medicine means government ownership of the hospitals and other health facilities. It implies that physicians work for the government. We're not proposing this. We're proposing a nationwide insurance program—a public system of enrollment, of financing, of acquisition of rights to the services that may be made available. But those services would continue to be provided by physicians and other private individuals, and by the private hospital system of this country. The very idea that there's even a threat of "socialized" medicine in what we're doing is out of the question. Indeed, national health insurance could be the last chance of avoiding "socialized" medicine.

Q. Then you think it's in physicians own interest to back your proposal?

A. I do—and let me make my feelings about American physicians clear. I have great respect for the competence, education, and commitment of people in the medical profession, many of whom I've had the privilege of knowing personally. In 1948 I was shot through the window of my home with a double barrel shotgun. I was torn to pieces. Some very fine, wonderful, and competent doctors labored over me all night long. I shall forever be grateful for what they did, because they saved my life and made me whole. Overwhelmingly, people in the medical profession have the same kind of motivation these doctors demonstrated. Unfortunately, however, the voice of organized medicine hasn't been characterized by social enlightenment, or by the spirit of pioneering that's so essential for social change.

Q. Are you talking about the A.M.A.?

A. Yes. In the recent struggle to get Medicare passed, we learned about the unreasoned opposition of the A.M.A. Medicare, with all its imperfections and all its inadequacies, which should be corrected at the earliest possible date, has nevertheless not resulted in the dire consequences that the A.M.A. predicted. When we're faced, as we are, with a deepening crisis in the field of health care—with the cost of care skyrocketing 2½ times faster than the general movement of our price index, which itself is moving too fast—then the American people have the right to ask the men of good will in the medical profession to respond affirmatively to this crisis and to provide constructive and imaginative leadership in helping America to devise a plan and a system that will provide high quality, comprehensive care to the American people.

Q. Nevertheless, some Americans are haunted by Britain's health care program, which has proved frustrating to many patients and physicians. Can you clarify the difference between your plan and the British system?

A. Yes, and let me make it abundantly clear: We're talking about nationwide health insurance as a means of helping to improve America's health services. Every industrialized nation except the United States has either a national health insurance program or a national health service. Britain has a national health service. I don't propose that we borrow from Britain or any other nation, for no country has a system that will meet the peculiar needs of America. I'm confident that we have in this country the ingenuity and the social inventiveness needed to create a program that will be uniquely American—one that will make compatible the best features of our present delivery of health care within the economic framework and social structure of a national health insurance system.

Q. Then you intend to retain some of the features we now have?

A. Yes. What we're aiming at is not just to tear down. We want to salvage and use the best features, but we want to structure a new system that overcomes the present built-in waste, duplication, inefficiencies, and problems.

Q. All right, let's look at some of those problems and see what a national health insurance program might do to ease them. Would such a program increase or decrease the particularly bothersome problem of physicians' paper work?

A. I would hope it would decrease considerably the amount of paper work. I realize this is getting to be an increasingly troublesome problem. In large measure, this derives from trying to keep up with more than 1,200 different health insurance carriers, each with many different conditions of eligibility and coverages. A universal health insurance system would do a great deal to simplify this.

Q. Another big problem is the long hours that many physicians have to work—an average of 60 hours a week. Might a national health insurance program help doctors to reduce their work-week and gain more time for rest and relaxation?

A. Physicians should have the fullest opportunity not only for rest and relaxation but also for the pursuit of continuing education and of leisure activities of their choice—like the rest of us. To the extent that national health insurance could establish conditions for the health team approach in the organization and delivery of health services and bring real technology to the field, the doctor's work load could be significantly reduced. But the doctor would always be in charge. The new technology and fuller use of other members of the health team would help him to keep up with the demand for health care.

Q. You speak of a "health team approach." What do you mean by that?

A. More rational patterns of organization for the delivery of services. Our committee believes that a national health insurance program could stimulate the development of organized medical teams—groups of professional, technical, and supporting personnel who could work together for the efficient and effective provision of comprehensive health care. We also believe that such a program would encourage the efficient and economical use of manpower, facilities, and supplies.

Q. In other words, you believe a national health insurance program would stimulate the trend toward group practice?

A. Yes—and the productivity of physicians is certainly increased when they practice in groups. The physician's arm can be extended by the use of trained assistants, and his skill is enhanced by new technological opportunities. It's neither practical nor economically feasible for every solo practitioner to have a computer in his office.

Q. You have strongly advocated the extension of pre-paid group practice. Do you see your proposed national health insurance program as a means of extending such practice?

A. Yes. Prepaid group practice plans have clearly demonstrated their ability to provide high quality care in an efficient and economic manner. For example, studies of the experience of 7,500,000 Government employees and their families over a period of years show the pre-paid group practice plans to have a 55 per cent lower hospital utilization rate than the average of all Blue Cross-Blue Shield plans, and a 57 per cent lower hospital utilization rate than the commercial indemnity insurance plans. The experience of the Community Health Association in Detroit is much the same, with a 46 per cent lower hospital utilization rate than Michigan Blue Cross-Blue Shield.

Q. Would your national insurance proposal help to hold down health care costs?

A. I think so. The health insurance plans that are in existence today have grown up piecemeal. The need for insurance has always been expressed most strongly with regard to coverage of charges made by high cost components of the medical non-system. This, in turn, has increased demand for hospitalization and exerted pressures on surgeons' fees and in-hospital physicians' visits. The present insurance plans have also helped to make preventive care almost a lost art. We spend over \$50 billion annually for health purposes, but only \$3 billion is being spent for all types of preventive medicine. Increased stress on prevention, elimination of economic and other barriers to early diagnosis and treatment, introduction of more effective controls on hospital utilization, payment for appropriate alternative care in place of hospitals, such as ambulatory care rather than bed care where medically safe and care provided by nursing homes and home health services—these measures could hold down health care costs.

Q. Would a national health insurance program improve patient care?

A. I expect it would—through removal of economic barriers to preventive services and early and appropriate diagnosis and treatment, through making the great talents of specialists available to a broader range of patients, through encouraging fuller use of mental health services when required, through paying for and thus stimulating use of the full range of rehabilitation services. These are only a few of the ways in which the physician and all other members of the health team would be encouraged to practice the kind of medicine of which they are capable. National health insurance would be a great boon for quality of care.

October 30, 1968

Dear Kup:

Thank you for your kind note. I was delighted to have the privilege and pleasure of being with you briefly.

I have always felt rather badly about how difficult it has been for me to try to arrange my schedule to enable me to appear on your show and I hope we have better luck in the future.

I send my warmest best wishes.

Sincerely,

WPR:ob
opeiu 42

Mr. Irv Kupcinet
Chicago Sun-Times
Chicago, Illinois

OCT 28 1968

THE WEATHER
Sunny and pleasant Wednes-
day. High 66, low 50. See
Page 47.

CHICAGO
SUN-TIMES

FINAL
HOME EDITION

October 26, 1968

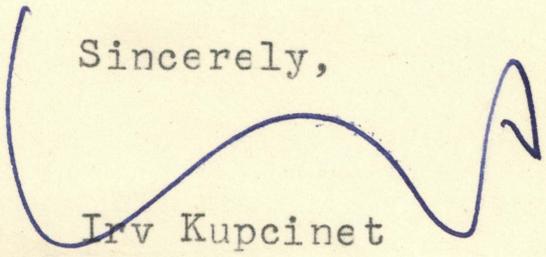
Dear Walter:

Just a quick note to let you know how much I appreciate the time you took to join our KUP'S SHOW panel.

I'm delighted you could be with us and most grateful for your time.

With every good wish, I am

Sincerely,



Irv Kupcinet

Kup

*This
sorry about
not many*